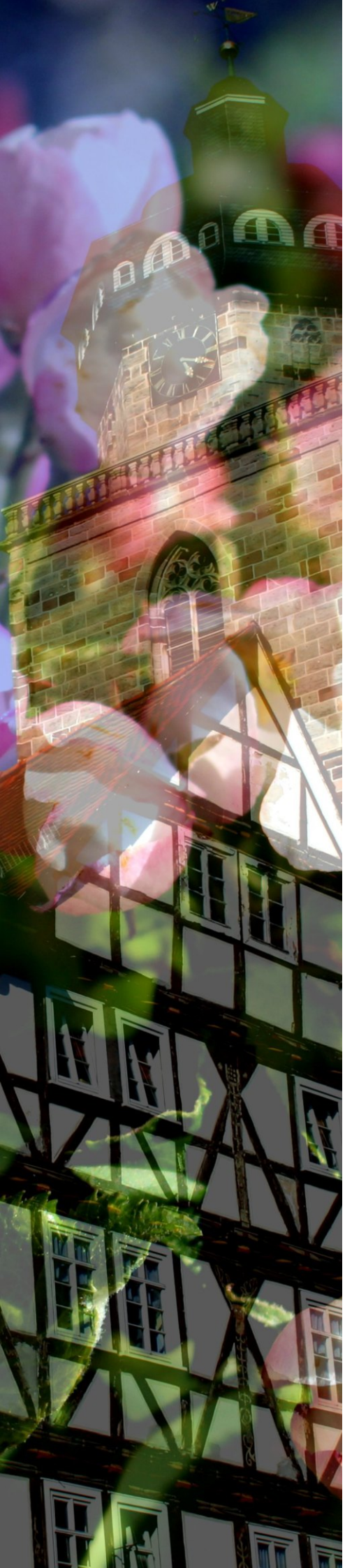
Aufbruch für HOMBERG

Positionen zur Bürgermeisterwahl

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN



Aufbruch für HOMBERG

Die Wahl eines neuen Bürgermeisters bietet die Chance zu einem Aufbruch in Homberg. Nach der Lähmung der von Misstrauen, Missachtung und Hintergehen des Stadtparlaments - aber auch Missachtung bürgerschaftlicher Initiativen - geprägten Amtszeit Martin Wagners braucht Homberg einen Bürgermeister, der integriert und nicht intrigiert, der zusammenführt und nicht spaltet.

Ein Aufbruch für Homberg hängt aber nicht allein von der Person des Bürgermeisters oder den politischen Parteien ab – ein Aufbruch kann nur erfolgen, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger wieder vermehrt für ihre Stadt engagieren, sich einmischen und an der politischen Entscheidungsfindung aktiv beteiligen. Aufgabe eines neuen Bürgermeisters wird es sein, dies zu unterstützen und die Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN treten mit keiner eigenen Kandidatin zur Bürgermeisterwahl an. Zum jetzigen Zeitpunkt fällt es auch schwer, eine eindeutige Wahlempfehlung für einen der fünf Kandidaten zu geben. Wir möchten im Folgenden unsere politischen Standpunkte für die weitere Entwicklung Homberg darlegen und eine Einschätzung der Programmatik der Bürgermeisterkandidaten vornehmen. Daraus wird sich zumindest ergeben, bei welchen Kandidaten die Unterschiede zu groß für eine Wahlempfehlung sind.

Eine lebendige Stadt

Die Vitalisierung der Innenstadt gehört zu den großen Herausforderungen der nächsten Jahre. Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben hierzu bereits vor einigen Jahren ein Ideenpapier zur nachhaltigen Entwicklung der Innenstadt vorgelegt. Grundlage ist eine kleinteilige Entwicklung der Quartiere und nicht die Zerstörung der Altstadtstrukturen durch ein großes Einkaufszentrum.

Viele dieser Ideen wurden in dem maßgeblich vom städtischen Architekten Jochen Gontermann und dem Bauamt entwickelten Modell zur Vitalisierung der Innenstadt aufgegriffen. Für Bündnis 90/DIE GRÜNEN ist dieses Modell mit seiner gelungen Verknüpfung von Wohnen, Leben und Handeln in der Altstadt die Grundlage für die weiteren Planungen.

Leerstand verhindern – vorhandene Bausubstanz nutzen: Ärztehaus im alten Amtgericht

Trotz berechtigter Detailkritik (zu wenig Parkplätze) ist die Verwirklichung des Ärztehauses im alten Amtsgericht ein gelungener Baustein für die Entwicklung der Stadt. Der Ausbau der Gesundheitsversorgung ist ein wichtiger Teil der öffentlichen Daseinsfürsorge und trägt zur Belebung der Innenstadt bei. Durch diesen Schritt konnte der Bestand einer Apotheke am Marktplatz gesichert werden.

Das Ärztehaus ist ein Beispiel für die Nutzung vorhandener Bausubstanz durch neue Angebote und Dienstleistungen. Leerstand kann nur vermieden werden, wenn neue Dienstleistungen und Angebote in der Stadt und nicht am Stadtrand angesiedelt werden.

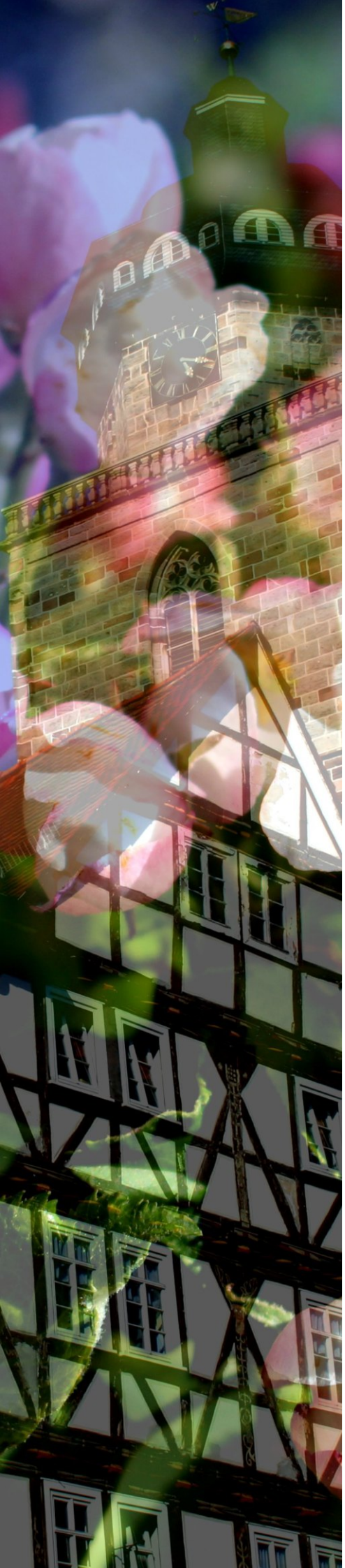
Übernahme historisch wichtiger oder stadtbildprägender Gebäude

Bündnis 90/DIE GRÜNEN befürworten die Übernahme historisch wertvoller und stadtbildprägender Gebäude durch die Stadt. Die Altstadt ist mit ihren Fachwerkgebäuden und den kleinen Gassen insgesamt ein Baudenkmal, das erhalten werden muss. Trotz der hohen Verschuldung und der Schutzschirmverpflichtungen muss die Stadt handlungsfähig bleiben und wichtige Gebäude der Altstadt übernehmen, wenn diese von privaten Eigentümern aufgegeben werden. Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben daher dem Kauf der Gebäude Marktplatz 19 und der Engelapotheke zugestimmt.

Wir befürworten auch den Kauf der Schirnen und der ‚Krone'. Für die Gebäude muss eine sinnvolle, möglichst kostentragende Nutzung gefunden werden. Dies schließt nicht aus, dass die Gebäude später an einen privaten Investor mit überzeugendem Nutzungskonzept weiterverkauft werden können.

Nicht jedes problematische Gebäude kann außerschulischer Lernort, Kleinmuseum oder ‚Haus der Reformation' werden. Daher sollte die ‚Krone' möglichst weiterhin als klassisches Gasthaus mit Saalbetrieb für Feiern und Veranstaltungen genutzt werden, auch wenn die Suche nach einem geeigneten Pächter langwierig sein wird.

Vorrangig muss die Stadt allerdings als Vermittelter auftreten und beispielsweise über eine Fachwerkbörse versuchen, leerstehende Häuser und Wohnungen an interessierte Privatpersonen vermitteln. Einige gelungene Sanierungsbeispiele in der Altstadt zeigen, dass Fachwerkhäuser gut saniert genutzt werden können (Westheimer Straße, Löwenhaus, Pfarrgasse etc.).



Reformationsstadt – ein Baustein eines umfassenden Konzepts

In Zeiten schwindender Bedeutung der traditionellen Kirchen kann der Titel ‚Reformationsstadt' nur ein Teil eines umfassenden Marketing- und Tourismuskonzeptes sein. Der Titel muss mit Leben gefüllt werden. Das geplante ‚Haus der Reformation' bietet Chancen, das historische Ereignis von 1526 lebendig zu halten und seine Bedeutung – und damit die Bedeutung Hombergs – für Kurhessen herauszustellen.

Die Stadt kann hierzu ihren Beitrag leisten, indem ein geeignetes Gebäude gefunden wird. Damit das Konzept funktionieren kann, sind aber vor allem andere Partner wie Kirche und Trägerverein gefragt.

Ein paar gute Schautafeln und Displays allein machen noch kein interessantes Museum. Hier sollten die Angebote von Burgmuseum über Hans-Staden-Kabinett bis zum ‚Haus der Reformation' nicht zersplittert werden. Es muss versucht werden, gemeinsam mit dem Heimatmuseum und dem Heimatarchiv eine koordinierte und aufgewertete Präsentation der Homberger Geschichte zu erreichen, die für Bürger und Touristen attraktiv ist.

Altstadt hat Vorrang – erreichbar für Fußgänger und Autos

Vor einer Weiterentwicklung des Geschäftsgebiets an der Drehscheibe muss die Entwicklung des Marktplatzes zum Geschäftszentrum stehen, um die Abwanderung weiterer Geschäfte aus der Altstadt zu verhindern. Referenz bleibt die Entwicklung eines Einkaufszentrums im Quartier Marktplatz-Ost auf der Grundlage der Pläne Gontermann/Bauamt, die auch eine Erschießung des Gebiets für barrierefreie, attraktive Wohnungen vorsehen.

Ein intelligentes Nebeneinander von Fußgängerzonen und Autoverkehr ist möglich. Der Bereich Marktplatz/obere Westheimer Straße sollte weitgehend den Fußgängern vorbehalten bleiben. Die Erreichbarkeit der Innenstadt wird über die untere Westheimer Straße, Hans-Staden-Allee/Obertor und eine neue Verkehrsführung in der Holzhäuser Straße mit Gegenverkehr bis zum Parkplatz in der oberen Holzhäuser Straße gewährleistet.

Eine lebendige Gemeinde

Homberg ist mehr als die Kernstadt – auch wenn diese Zentrum der Entwicklung bleibt. Durch Schutzschirmverpflichtungen und Auflagen der Aufsichtsbehörden wird die öffentliche Infrastruktur der Stadtteile immer wieder in Frage gestellt und z. B. die Schließung und der Verkauf von Dorfgemeinschaftshäusern gefordert.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN erwarten von einem Bürgermeister Lösungen, die nicht einfach nur den Abbau von Leistungen und Infrastruktur vorsehen. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern der Stadtteile muss erarbeitet werden, welche Angebote notwendig sind und wie gemeinsam mit den Nutzern ein Betrieb von öffentlichen Einrichtungen gesichert werden kann. Gelingen kann dies nur durch starkes Engagement der Menschen, die ihren Stadtteil lebendig halten wollen.

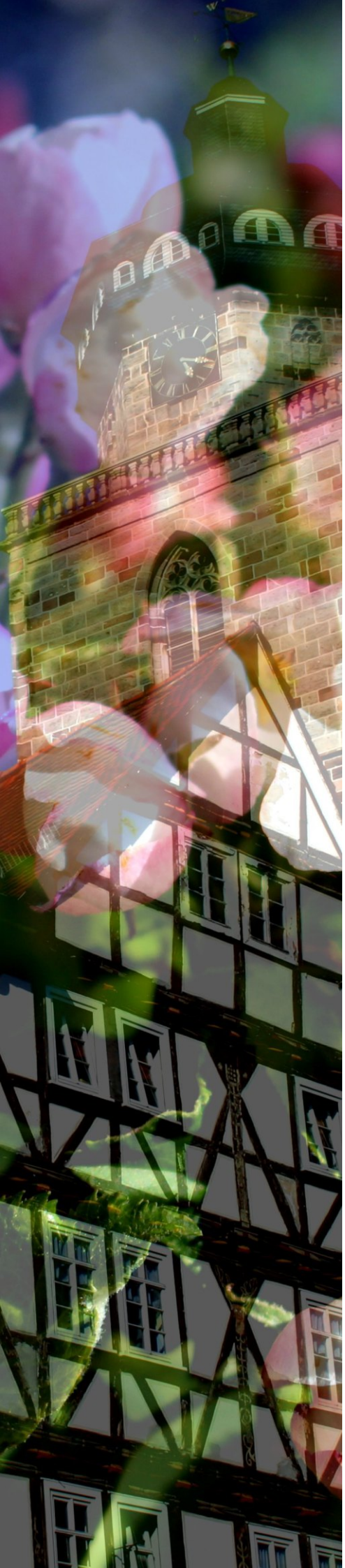
Für das Bewegungsbad in Hülsa greift die reine Forderung nach einer Schließung zu kurz, auch wenn klar ist, dass das Bad unter den derzeitigen Voraussetzungen – auch aufgrund hoher Energiekosten - nicht mehr betrieben werden kann. Es muss überlegt werden, mit welchen Nutzergruppen ein Betrieb des Bades möglich ist und wie diese sich an der Finanzierung beteiligen können. Auch muss eine bessere Verzahnung zwischen dem Betriebspersonal des Freibades und des Bewegungsbades erfolgen.

Der demografische Wandel wird nach derzeitigen Erkenntnissen zu einer Verringerung der Einwohner insbesondere der Dörfer führen. Lebendig werden nur die Dörfer bleiben, in denen sich die Menschen besonders engagieren und die damit auch für junge Menschen und neue Einwohner attraktiv bleiben. Wichtig ist dabei der Anschluss der Dörfer an die Zentren: virtuell über Breitbandanbindung, um die Stadtteile auch für Gewerbetreibende attraktiv zu halten, real über den ÖPNV, der durch neue Angebote wie Bürgerbus oder bedingungsloses Anrufsammeltaxi ergänzt wird.

Eine soziale Stadt

Eine lebenswerte Stadt muss ihre soziale Entwicklung im Auge behalten und die Entstehung sozialer Brennpunkte oder benachteiligter Quartiere vermeiden. In Homberg ist dies durch das Programm ‚Soziale Stadt' erfolgreich gelungen.

Das ‚Bahnhofsviertel' hat sich positiv entwickelt und mit dem Kultur- und Begegnungszentrum ‚Alte Sparkasse' und den dort angesiedelten Angeboten verschiedener Träger einen sozialen, integrativen und kulturellen Mittelpunkt. Diese Arbeit muss auch nach Auslaufen des Programms weitergeführt werden, insbesondere die Arbeit des Stadtteilmanagers ist dabei von hoher Bedeutung.



Bündnis 90/DIE GRÜNEN befürworten ausdrücklich den Ausbau des ‚Alten Gaswerks' zu einem modernen Jugendzentrum. Es ist ein Gewinn für Homberg, dass dieses industriegeschichtlich für die Entwicklung der Stadt bedeutende Gebäude insbesondere durch die Initiative des städtischen Architekten Jochen Gontermann erhalten werden konnte. Der Ansatz der Stadtjugendpflege, die Homberger Jugendlichen aktiv an der Planung und Gestaltung des Jugendzentrums zu beteiligen, unterstreicht die Bedeutung des ‚Alten Gaswerks' für die Homberger Jugendarbeit. Auch dies ist ein gutes Beispiel für die Nutzung historischer Bausubstanz für neue Zwecke.

Trotz des hohen Zuschussbedarfs stehen Bündnis 90/DIE GRÜNEN für den Erhalt und Ausbau der Kindergärten und Kinderbetreuungsangebote auch in den Stadtteilen. Homberg muss eine junge Stadt bleiben, die für Familien attraktiv ist. Die wohnortnahe Kinderbetreuung auch über die Kernzeiten der Kindergärten hinaus gehört zu den unverzichtbaren sozialen Aufgaben der Stadt. Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern, dass Bund und Land ihren finanziellen Pflichten an dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe nachkommen. Es ist untragbar, den Kommunen immer neue Aufgaben aufzubürden und sie gleichzeitig über Schutzschirmauflagen an der nachhaltigen Entwicklung zu behindern.

Lebendige Wirtschaft

Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern seit langem eine Gewerbeansiedlung, die nicht nur auf große Flächen im Logistikbereich setzt, wie es nun auch im gemeinsamen Gewerbegebiet in Remsfeld geschieht. Hier entstehen vor allem niedrig qualifizierte und niedrig entlohnte Arbeitsplätze.

Der Fokus liegt zur Zeit auf der Entwicklung eines Gewerbegebiets auf den Flächen der beiden ehemaligen Kasernen, die von der Stadt gekauft wurden. Dieser Kauf ist von Bündnis 90/DIE GRÜNEN scharf kritisiert worden, den Bürgerinnen und Bürgern wurde die Chance genommen, mit einem Bürgerbegehren über den Kauf zu entscheiden.

Entwicklung der Konversionsflächen Ostpreußen- und Dörnberkaserne

Bündnis 90/DIE GRÜNEN sind nicht gegen eine Entwicklung der Konversionsflächen – diese muss allerdings professionell erfolgen. Derzeit erfolgt die Flächenvergabe nach dem Motto: wer zuerst kommt, mahlt zuerst. Große Flächen sollen an einen Betrieb gehen, der Panzer zerlegt. Noch ist völlig unklar, ob wirklich qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen werden. Bündnis 90/DIE GRÜNEN befürchten, dass hier am Ende nicht mehr entsteht, als ein satellitenüberwachter (Panzerverschrottung wird aufgrund internationaler Rüstungsverträge kontrolliert) Schrottplatz.

Ein weiterer Betrieb will in großem Umfang industriell Algen züchten – eine bislang nicht ausgereifte Technik. Das Firmenkonglomerat der Interessenten lässt viele Fragen offen. Bündnis 90/DIE GRÜNEN befürchten, dass am Ende nicht mehr bleibt als eine Investitionsruine.

Kritisiert wird vor allem, dass die Erschließung der Flächen auf Kosten aller Bürgerinnen und Bürger erfolgt. Bei der Berechnung, die dem Kauf der Flächen zugrunde lag, sollten die hohen Kosten der Erschließung durch Zuschüsse und die Pachteinnahmen aus Photovoltaik finanziert werden. Die Photovoltaik wird im geplanten Umfang nicht kommen, die Zuschüsse haben sich kurz nach dem Kauf von 3,5 Mio. € auf 1,75 Mio. € halbiert. Der Vorschlag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, den Kauf über eine Entwicklungsgesellschaft abzuwickeln, die alle Kosten über die Grundstücksinteressenten refinanziert, wurde abgelehnt. Nun muss die Entwicklung von allen Bürgerinnen und Bürgern gezahlt werden.

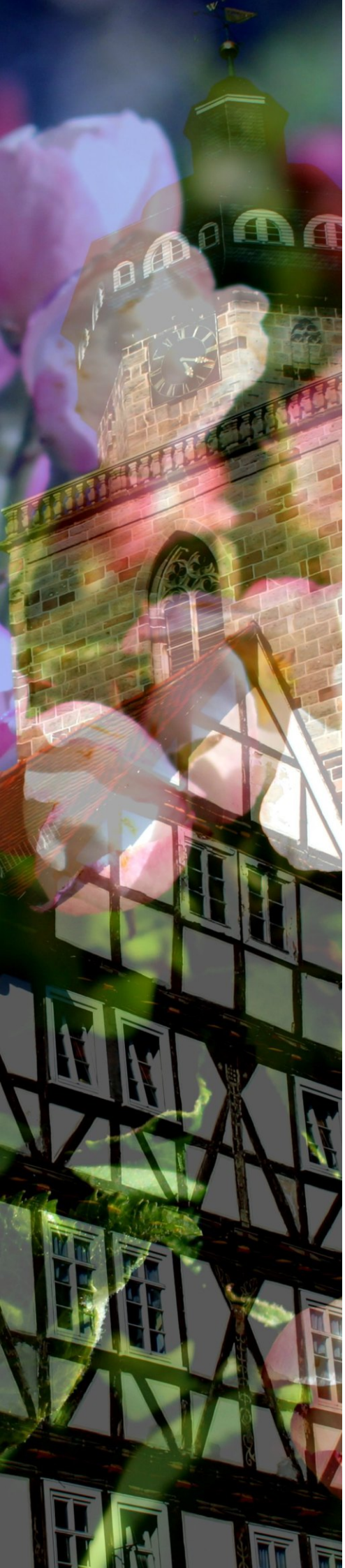
Bündnis 90/DIE GRÜNEN stehen weiterhin zu der Entscheidung, die weitere Entwicklung der Konversionsflächen von der von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Rückabwicklung einer Grundstücksvergabe an eine Eigentümergemeinschaft unter maßgeblicher Beteiligung des CDU-Stadtverordneten Axel Althaus abhängig zu machen.

Entwicklung des ehemaligen Krankenhauses

Die Entwicklung des ehemaligen Krankenhauses kann nicht Aufgabe der Stadt sein, ein Ankauf des Gebäudes – auch für 1 Euro – durch die Stadt muss ausgeschlossen bleiben. Die Folgekosten für die erforderliche Sanierung des Gebäudes sind unter den derzeitigen finanziellen Gegebenheiten einer Schutzschirmgemeinde nicht verantwortbar.

Bisher gibt es kein Konzept für eine wirtschaftlich verantwortbare Nutzung des Gebäudes. Alle Vorschläge, die bisher - auch von drei der Bürgermeister-kandidaten - eingebracht wurden, erscheinen Bündnis 90/DIE GRÜNEN unrealistisch und nicht umsetzbar. Der Eigentümer Asklepios sieht keine Möglichkeit zur weiteren kostendeckenden Nutzung – obwohl er als großer Gesundheitskonzern andere Altbauten durchaus beispielsweise als Gesundheitszentrum/Ärztehaus nutzt. Kein Immobilienentwickler hat bisher Interesse an der Immobilie signalisiert.

Es gibt kein tragfähiges Konzept für eine weitere medizinische Nutzung des Gebäudes, das aufgrund der Bausubstanz aus den 1960er Jahren nicht die heute notwendige bauliche Flexibilität zur Änderung von Raumzuschnitten ermöglicht. Alle Vorschläge, die bisher gemacht wurden, beruhen darauf, dass die Stadt das Gebäude übernimmt, saniert und damit das finanzielle Risiko trägt. Das ist nicht akzeptabel. Die weitere Nutzung ist nicht öffentliche Aufgabe, sie obliegt allein dem Eigentümer der Liegenschaft.



Die Stadt professionell entwickeln

Die Entwicklung und Erschließung der Gewerbegebiete kann nicht Aufgabe der städtischen Verwaltung sein. Die bisherige Erfahrung zeigt, dass auch die mit der Vermarktung beauftragte HLG diesem Auftrag aus unserer Sicht nur unzureichend nachkommt. Bündnis 90/DIE GRÜNEN sehen daher die Notwendigkeit zur Gründung einer Stadtentwicklungsgesellschaft, die Aufgaben wie die Entwicklung eines Gewerbegebietes oder auch die Suche nach Handelspartnern für ein Einkaufszentrum in der Innenstadt professionalisiert.

Stadtentwicklung kann nicht ehrenamtlich oder verwaltungstechnisch abgewickelt werden. Eine Professionalisierung soll dazu führen, die Suche nach Investoren und ansiedlungswilligen Firmen zielgerichteter aufzustellen und diese professionell zu bewerten, um nicht auf fragwürdige Versprechungen von Pyrolysebetreibern, Algenzüchtern und Schrotthändlern hereinzufallen. Ziel darf nicht die reine Vergabe von Gewerbeflächen sein, sondern die zielgerichtete Ansiedlung von Firmen und Handwerksbetrieben, die langfristig agieren und qualifizierte Arbeitsplätze schaffen.

Die Gesellschaft könnte Aufgaben übernehmen, die bisher beim Stadtmarketing angesiedelt sind (Leerstandsmanagement, Suche nach Investoren, Vermittlung von Fördergeldern etc.). Stadtentwicklung ist mehr als Marketing und muss daher von Aufgaben wie Veranstaltungsorganisation etc. getrennt werden.

Interkommunale Zusammenarbeit

Die interkommunale Zusammenarbeit muss ausgebaut werden – darf aber nicht zu einer Unterminierung der kommunalen Selbstverwaltung oder Einschränkungen in den Rechten der Kommunalparlamente führen. Homberg arbeitet zusammen mit Knüllwald und Schwarzenborn im Zweckverband Schwalm-Eder Mitte. Dies betrifft hauptsächlich das gemeinsame Gewerbegebiet in Knüllwald, macht aber sonst – auch aufgrund der räumlichen Entfernung zu Schwarzenborn – nur eingeschränkt Sinn, wie die gemeinsame Abwicklung des Förderprogramms Stadtumbau zeigt.

Mit Frielendorf soll ein gemeinsamer Bauhof betrieben werden. Dies ist ein sinnvoller Ansatz, der insbesondere zu einem wirtschaftlicheren Einsatz der Geräte und Fahrzeuge führen kann. Entscheidend für Bündnis 90/DIE GRÜNEN ist, dass ein gemeinsamer Bauhof nicht zu Lasten der Beschäftigten eingeführt werden darf. Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern daher einen umfassenden Kündigungsschutz mit Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen und die Tarifbindung an den TVöD.

Einschätzung der Kandidaten

Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben mit vier der fünf Kandidaten Gespräche über deren Ziele und Motivation geführt. Dabei konnten sowohl gemeinsame Positionen, als auch trennende Inhalte erarbeitet werden. Eine klare Wahlempfehlung kann derzeit nicht ausgesprochen werden, da auch innerhalb der Partei die Einschätzung der Kandidaten unterschiedlich ist. Zudem ist die Entscheidung nicht allein von den Fakten, sondern auch von der Einschätzung der Persönlichkeit der Kandidaten geprägt.

Dr. Stefan Giebel (SPD Kandidat)

Dr. Giebel wurde von der SPD ins Gespräch gebracht, als noch nach einem gemeinsamen Kandidaten von SPD, FWG und Bündnis 90/DIE GRÜNEN gesucht wurde. Er wurde dann als alleiniger Kandidat der SPD präsentiert, bevor gemeinsam weitere Kandidaten angesehen werden konnten.

Bereits lange vor seiner Kandidatur für die SPD hatte sich Stefan Giebel als möglicher Kandidat für Bündnis 90/DIE GRÜNEN beworben. Nach einem ausführlichen Gespräch mit ihm wurde entschieden, dass er als Bürgermeisterkandidat von Bündnis 90/DIE GRÜNEN nicht in Frage kommt.

Für Bündnis 90/DIE GRÜNEN scheidet die Unterstützung eines SPD-Kandidaten aus. Dr. Giebel tritt als enger SPD-Kandidat auf, bisher ist nicht deutlich geworden, dass er unterschiedliche Positionen zu denen der SPD-Fraktion vertritt. Die SPD hat die gemeinsame Basis mit FWG und GRÜNEN bei der Entwicklung und Vermarktung der Konversionsflächen verlassen und ist zurückgeschwenkt auf die Linie von Bürgermeister Wagner (siehe Pressemitteilung B'90/DIE GRÜNEN vom 31.03.2014).

Leider zeigt dies Verhalten erneut, dass die SPD in Homberg kein Partner für eine verlässliche Politik ist. Eine weitere politische Zusammenarbeit ist für Bündnis 90/DIE GRÜNEN nicht vorstellbar.

Auch andere inhaltliche Positionen, wie die zur Übernahme und Entwicklung des ehemaligen Krankenhauses, erscheinen wenig realistisch. Einen wirklichen Politikwechsel kann es mit Dr. Giebel nicht geben.

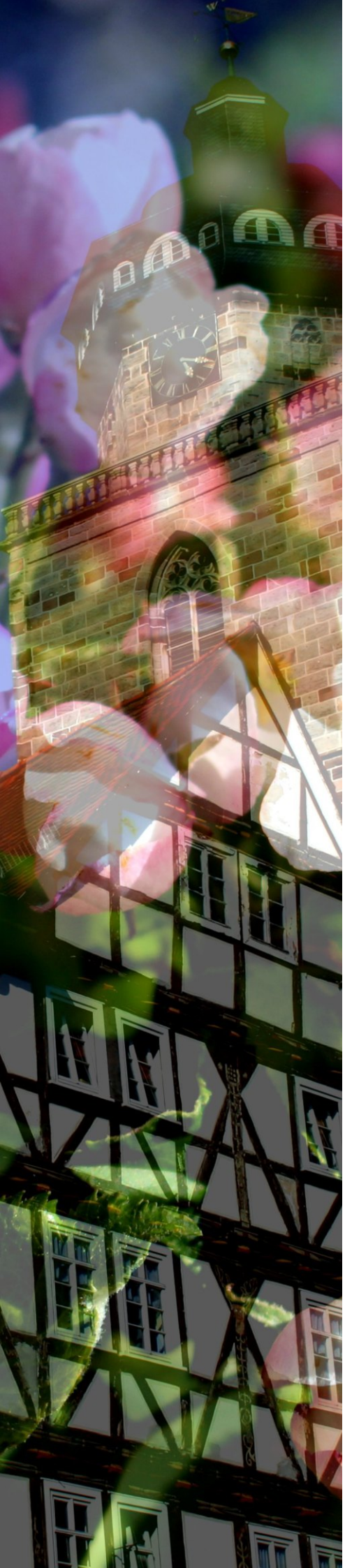
„SPD kein verlässlicher Partner“

Grüne: Nach einem halben Jahr verlässt die SPD die gemeinsame Basis

HOMBERG. Gerade einmal ein halbes Jahr habe es gedauert, bis die SPD die gemeinsam mit FWG und den Grünen vereinbarte Vorgehensweise bei der weiteren Erschließung und Vermarktung der ehemaligen Kasernen verlassen habe, so die Grünen in einer Pressemitteilung.

Die drei Fraktionen hatten sich darauf verständigt, die weitere Entwicklung im Konversionsgebiet von der Rückabwicklung des umstrittenen Grundstückskaufvertrags mit dem CDU-Stadtverordneten Axel Althaus und weiteren Beteiligten abhängig zu machen. Die Rückabwicklung war von der Stadtverordneten beschlossen worden. Das sei bislang nicht geschehen. Trotzdem habe die SPD-Fraktion nun die gemeinsame Position verlassen und Baurecht für das Gebiet der Ostpreußenkaserne geschaffen sowie einem Kaufvertrag in der Dörnbergkaserne zugestimmt. Dies erhöhe den Druck, auch dort Baurecht zu schaffen und den Althaus-Kaufvertrag nachträglich zu legitimieren. Die SPD-Fraktion habe so einem Kaufvertrag zugestimmt, dessen Erlös weit unter den für die Gewerbeflächen anvisierten Preisen liege.

Dies mache deutlich, dass die SPD kein verlässlicher Partner sei. (may)



Markus Opitz (FWG-Kandidat)

Markus Opitz kennt als Hauptamtsleiter der Gemeinde Morschen und FWG Fraktionsvorsitzender in Edermünde beide Seiten der Politik. Er ist ein Kandidat, der mit einer recht realistischen Einschätzung der Lage Hombergs in den Wahlkampf geht. Aufgrund dieser realistischen Einschätzung besteht bei einigen der oben aufgeführten Positionen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN sicherlich eine Übereinstimmung mit den Vorstellungen von Markus Opitz. Dies betrifft insbesondere die Punkte Konversion und Krankenhaus.

Unterschiedlich beurteilt wird die Notwendigkeit der Übernahme von Gebäuden wie z.B. der ‚Krone'. Hier sehen Bündnis 90/DIE GRÜNEN trotz der Risiken und fehlender Konzepte die Notwendigkeit, die weitere Nutzung unter städtischer Regie zu planen.

Zurückhaltend gibt sich Opitz bei der Revitalisierung der Innenstadt durch die Entwicklung des Quartiers Marktplatz-Ost als Einkaufszentrum mit Schaffung von neuem Wohnraum im alten Fachwerkbestand. Opitz verweist hier auch auf die Flächen an der Drehscheibe/Kasseler Straße (ehemals Autopark Ulrich). Für Bündnis 90/DIE GRÜNEN hat die Entwicklung neuer Einkaufsmöglichkeiten in der Altstadt Vorrang vor einem Einkaufszentrum an der Drehscheibe, das weitere Frequenz aus der Altstadt abziehen würde.

Dr. Dirk Richardt (unabhängiger Kandidat)

Als Geschäftsführer des Stadtmarketings sind Dr. Richardt die Akteure innerhalb und außerhalb der Verwaltung bekannt. Die Beurteilung der Aktivitäten des Stadtmarketings fällt unterschiedlich aus, wobei allerdings nicht vergessen werden darf, dass das Stadtmarketing nicht unabhängig von Stadt und Bürgermeister agieren kann. Trotzdem gelingt es Dr. Richardt nicht, seine berufliche Tätigkeit von der Kandidatur zu trennen, was zu einer Belastung für die weitere Arbeit im Stadtmarketing werden kann.

Inhaltlich sticht bei Dr. Richardt immer wieder das Stichwort ‚Reformation' heraus, was für die Zukunftsentwicklung Hombergs allerdings allein nicht ausreichend ist. Der Vorschlag, im Gasthaus ‚Krone' ein Haus der Reformation einzurichten erscheint nicht zielführend (s. o.). Ebenso wenig ist die Einrichtung von außerschulischen Lernorten eine Lösung für die fehlenden Nutzungskonzepte z. B. für die Engelapotheke.

Dr. Richardt sagt gegenüber der Presse (HNA, 07.03.2014), er habe zwei Vorschläge zur Nutzung des ehemaligen Krankenhauses gemacht, die nicht weiterverfolgt worden seien. Zitat: „Man sieht hier den Heuhaufen, den man fressen könnte, rennt aber weiter, um einen noch besseren zu finden." Diese Aussage ignoriert die Tatsache, dass viele Stadtverordnete verstanden haben, dass eine Übernahme des ehemaligen Krankenhauses für die Stadt zu erheblichen Folgekosten für die Sanierung und Bauerhaltung führt und nicht öffentliche Aufgabe sein kann. (siehe oben: Position zum ehemaligen Krankenhaus)

Dr. Nico Ritz (unabhängiger Kandidat mit CDU Unterstützung)

Nico Ritz tritt als unabhängiger Kandidat an, wird aber von der CDU unterstützt. Erfreulich ist, dass sich der Jurist mit Homberger Wurzeln in seinen Statements deutlich von der bisherigen Politik der CDU abhebt. Er spricht sich gegen die derzeitige Praxis aus, den erstbesten Investoren Grundstücke in den Kasernen zu überlassen, ebenso spricht er deutlich gegen die Übernahme des ehemaligen Krankenhauses. Dies zeigt Realitätssinn, den der neue Bürgermeister auf jeden Fall braucht.

Vor einer Übernahme der ‚Krone' fordert er ein schlüssiges Nutzungskonzept, als solches sieht er die vorgeschlagene Nutzung als ‚Haus der Reformation' nicht. Bezüglich des ‚Hauses der Reformation' teilt er die Bedenken von Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

Nico Ritz hätte die Chance, als unverbrauchter Kandidat ohne direkte Parteianbindung mit dem Blick von außen neue Impulse zu geben und Erfahrungen aus seiner juristischen Tätigkeit im Wirtschaftsbereich (Insolvenzrecht) einzubringen. Diese Erfahrungen könnten dazu führen, dass er potentielle Investoren realistischer beurteilt, als das bisher in Homberg der Fall ist, wo jeder als potenter Partner akzeptiert wird, wenn er nur ausreichend Arbeitsplätze verspricht. Allerdings fehlt ihm bisher die kommunalpolitische Erfahrung.

Dr. Eibe Hinrichs (AfD)

Da Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Kandidatur von Dr. Hinrichs als nicht ernstzunehmend einschätzen, wurde das Gespräch mit ihm nicht gesucht. Zudem liegen die rechtspopulistischen Ansichten der AfD, deren Mitglied er ist, weit entfernt von der Programmatik von Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Hinrichs hat kommunalpolitische Erfahrungen als FDP-Stadtrat in Plauen. Dort schloss ihn die eigene Partei aus der Fraktion aus (‚FDP feuert faulen Fraktionspolitiker', sz-online/Chemnitzer Morgenpost, 21. September 2007).

SACHSEN IM NETZ sz-online.de

Quelle: sz-online/Chemnitzer Morgenpost
Freitag, 21. September 2007

FDP feuert faulen Fraktionspolitiker

Aufruhr in der Plauener FDP: Weil er zu faul gewesen sei, feuerte die Partei Eibe Hinrichs (46) aus ihrer Stadtratsfraktion. Der Ex-Chef des Stollberger Krankenhauses glaubt an eine Intrige.

PLAUEN - FDP-Fraktions-Chef Eckart George (61): „Herr Hinrichs war 2006 nur bei einem Viertel der vorgeschriebenen 20 Stunden pro Monat im Stadtrat präsent." Die Fraktion habe eine „erhebliche Vernachlässigung in der Wahrnehmung seiner kommunalpolitischen Verantwortung" festgestellt. Folge: Die FDP warf ihn aus der Fraktion. George: „Wir haben ihn auch aufgefordert, sein Stadtrats-Mandat niederzulegen."

Für den Ausschluss bediente sich die Fraktion einer rechtlichen Spitzfindigkeit: Hinrichs war im Juli aus der Sachsen-FDP ausgetreten - damit sei auch die Mitgliedschaft in der Bundespartei sowie laut Parteistatuten auch die in der Stadtratsfraktion beendet, so Eckart George.

Stadtrat Hinrichs glaubt hingegen an „persönliche Befindlichkeiten": Bedingt durch seinen Arbeitsplatzwechsel nach Weiden (Oberpfalz) sei er in die Bayern-FDP gewechselt, also sehr wohl noch in der Bundespartei. Eine Kopie seines Mitgliedsausweises will er jetzt dem Fraktions-Chef schicken. Und fauler als andere sei er auch nicht: Zwei andere FDP-Stadträte hätten noch viel häufiger gefehlt als er. (fle)

www.gruene-homberg.de

Bürgermeisterwahl:
25. Mai 2014

Stichwahl:
15. Juni 2014

Impressum: Eine Information von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Homberg
verantwortlich: Klaus Bölling, St. Nikolausplatz 13, 34576 Homberg (Efze)
Konzept und Layout: © 2014 Klaus Bölling, www.boelling.de

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN